

Europäische Roma – rechtsschutzlos in Europa?

Diskussion beim Anwaltstag –
anwältliches Engagement zählt

Europäische Roma – rechtsschutzlos in Europa? Unter dieser Überschrift veranstaltete die AG Ausländer- und Asylrecht beim 62. Deutschen Anwaltstag in Strasbourg eine Podiumsdiskussion mit der Pariser Rechtsanwältin Ann Cary Dana und dem Kölner Rechtsanwalt Hermann Weische. Die Veranstaltung war gut besucht.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten einen lebendigen Einblick in die Lebenswirklichkeit der in Europa lebenden etwa 10 bis 12 Millionen zählenden Volksgruppe der Roma, deren Angehörige meist am Rande der Gesellschaft und in ärmlichen Verhältnissen leben. Sie sind außergewöhnlich stark betroffen von Arbeitslosigkeit, mangelhaften Wohnverhältnissen, geringen Gesundheitsstandards und einem schwierigen Zugang zur Bildung. Als größte ethnische Minderheit Europas, die in allen 27 Mitgliedstaaten beheimatet ist, wird ihre Integration als vordringliche Aufgabe innerhalb der Europäischen Union angesehen, wie im politischen Umfeld oft unterstrichen wird. An der Schnittstelle zwischen Politik und Praxis, meist auch zwischen Wunsch und Wirklichkeit, bewegen sich Anwälte, die mit den aufenthaltsrechtlichen Fragen dieser Minderheitenangehörigen befasst sind.

Anspruch und Wirklichkeit

Ann Cary Dana erlebte als Vertreterin zahlreicher Betroffener die Verhältnisse im Sommer 2010 in Frankreich – als sich Unionsbürger der Volksgruppe der Roma Massenausweisungen gegenüber sahen. Eindrucksvoll berichtete sie von den Schwierigkeiten, Schutz insbesondere Rechtsschutz vor vermutlich rechtswidrigen Maßnahmen zu erlangen sowie von den Versuchen der Behörden, Lese- und Sprachdefizite zu Lasten der Betroffenen auszunutzen. Nicht von ungefähr erinnerte ihre Darstellung die deutschen Anwältinnen und Anwälte an eigene Erfahrungen mit Ausländerbehörden. Hermann Weische ergänzte diese Schilderungen um persönliche Erlebnisse bei der Vertretung von Roma und seine Erkenntnisse zur erschreckend aussichtslosen Situation der Roma im Kosovo, dem Staat, in den die in Deutschland lebenden Roma in aller Regel abgeschoben werden.

Beide Referate vermittelten den Eindruck, dass der Umgang mit Minderheitenangehörigen der Roma in den beiden größten Mitgliedstaaten gerade dann fragwürdig wird, wenn sie als „lästig“ empfunden werden. Dies war auch der vorherrschende Tenor, der anschließenden lebhaften Diskussion. In ihr wurde sehr engagiert eine Verbesserung der Lebenswirklichkeit für die Roma angemahnt und der Verzicht der EU-Kommission bedauert, die angekündigten rechtlichen Schritte gegen Frankreich wegen der Massenausweisung von Roma einzuleiten.

Rechtsanwalt Thomas Oberhäuser, Ulm



Was sie bei der Vertretung der Rechte der Roma erlebt haben, berichteten eindrucksvoll: Rechtsanwältin Ann Cary Dana und Rechtsanwalt Hermann Weische (l.). Rechtsanwalt Thomas Oberhausen (Geschäftsführender Ausschuss der AG Ausländer- und Asylrecht) moderierte.